

Honduras vor den Wahlen: Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen am 27. November 2005

Am 27. November finden in Honduras zum achten Mal seit dem Rückzug der Militärs im Jahre 1980 aus dem Regierungsgeschäft allgemeine Wahlen statt.

Rund 4,3 Millionen Bürger (davon rd. 500.000 Erstwähler) sind aufgerufen, den Staatspräsidenten, einen Vizepräsidenten, 128 Abgeordnete (sowie 128 Vertreter) für das Ein-Kammer-Parlament, 2.446 Bürgermeister und Stadträte für 298 Kommunen (Corporaciones Municipales) zu wählen. Rund 14.270 Kandidaten der fünf anerkannten Parteien bewerben sich um die Gunst der Wähler. Die für vier Jahre gewählten Volksvertreter und der Präsident werden Ende Januar in ihr Amt eingeführt.



Die Auszählung der Stimmen und damit die Feststellung des Wahlergebnisses durch das Oberste Wahlgericht und damit das Wahlergebnis wird – zumindest für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen - als „Weihnachtsgeschenk“ auf dem Gabentisch der Bürger liegen. Die Ergebnisse für die Kommunalebene sind allerdings nicht vor Januar 2006 zu erwarten.

Die aktuellen Wahlumfragen für die Präsidentschaftswahlen gehen von einem „technischen Patt“ aus. Die Entscheidung wird zwischen den beiden Kandidaten der traditionellen Parteien, dem gegenwärtigen Parlamentspräsidenten Porfirio

Lobo Sosa von der Nationalen Partei (PN) und Manuel Zelaya Rosales von der Liberalen Partei (PL) fallen, die jeweils mit 36 % bzw. mit 35 % an der Spitze der Bürgerpräferenzen liegen. Die Kandidaten der übrigen 3 anerkannten Parteien dürften unter 8 % liegen. Lobo Sosa verfügt gegenwärtig über einen kleinen, aber wachsenden Vorsprung, der im wesentlichen auf seiner größeren Glaubwürdigkeit bei den Wählern und der uneinheitlichen Außendarstellung der PL beruht. Beide Parteien liegen in den Wählersympathien ebenfalls nahezu gleich auf, die Wahlbeteiligung wird den Umfragen nach auf rd. 80 % geschätzt.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es kaum Prognosen der Spezialisten zu dem Wahlausgang. Wenn auch der Kandidat der Nationalen Partei mit der Unterstützung von Präsident Maduro und seiner Regierung rechnen kann, so ist sein Image in der Bevölkerung auf einem Tiefstand angelangt und es wird viel davon abhängen, wie die einzelnen Kandidaten ihren Wahlkampf auf die wichtigsten Probleme der Bürger ausrichten: Unsicherheit und Arbeitslosigkeit.

Vor allem die Bandenkriminalität und hier speziell der kriminellen Jugendbanden (sogenannte maras) entwickelten sich in den letzten Jahren zum zentralen Problem von Staat und Bürgern, was auch durch scharfe – unter Menschenrechtsgesichtspunkten umstrittene – Sicherheitsgesetze nicht gelöst werden konnte. Dabei handelt es sich im wesentlichen um ein soziales Problem aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit, das durch Deportationen organisierter jugendlicher Krimineller aus den USA verstärkt wurde. Mittlerweile sind die Jugendbanden Honduras stark im illegalen Waffen- und Drogenhandel engagiert und verfügen über regionale Netzwerke (von rd. 200.000 Bandenmitgliedern), was dazu führte, daß Mitte 2005 eine mobile Eingreiftruppe von 1.000 Mann aus den Armeen von Honduras, El Salvador, Guatemala und Nicaragua gebildet wurde, die bei der Verfolgung Krimineller ohne besondere Erlaubnis die Grenzen überqueren kann.

Internationale Themen, wie die zentralamerikanische Integration und der Freihandelsvertrag Zentralamerikas (TLC) mit den USA stehen auf einem nachgeordneten Rang, wobei man in Betracht ziehen muss, dass etwa 66 % der Bevölkerung, die sich darunter etwas vorstellen können, davon überzeugt sind, daß der TLC Vorteile für das Land bringt.

Rund 2/3 der Bürger geben in den Umfragen an, daß sie auf jeden Fall zur Wahl gehen werden. Als Hauptproblem wird von den Bürgern an erster Stelle die Wirtschaft gesehen (43 %), gefolgt von der Kriminalität (20 %). Insgesamt glauben 2/3 der Bevölkerung, daß das Land einen falschen Entwicklungsweg eingeschlagen hat.

1. Politisches System und Wahlrechtsreformen

Die Exekutive mit einem Präsidenten und einem Vizepräsidenten an der Spitze, der in direkter Wahl mit einfacher Mehrheit gewählt wird, dominiert im traditionellen Präsidialsystem die Legislative (Ein-Kammer-System) und die Judikative

mit einem Obersten Gerichtshof, 9 Berufungsgerichten und rd. 400 Gerichtshöfen. Eine Wiederwahl des Präsidenten ist nach der Verfassung nicht möglich.

Der gesamte Regierungsapparat hängt vom Präsidenten ab, der über die Politikkompetenz mit Hilfe der Gesetzgebung und politischer Dekrete verfügt. Allerdings liegt die Sicherheitspolitik weiterhin in der Hoheit der Militärs.

Honduras ist verwaltungsmäßig gegliedert in 18 Departments, die sich aufteilen in autonome Gemeinden, die sich selbst verwalten. Jedes Department wird von einem vom Präsidenten ernannten Gouverneur geführt, während die Gemeindeverwaltung sich aus einem Bürgermeister, Stadträten und einem Syndikus zusammensetzt.

Im Mai 2004 kam es zu einer umfassenden Verfassungsreform mit den folgenden Schwerpunkten:

1. Begrenzung des Wahlkampfes, Direktwahl der Abgeordneten sowie eine Frauenquote von 30 % für die Beteiligung an öffentlichen Wahlämtern
2. Aufhebung der Immunität für den Präsidenten, die Abgeordneten, die Kabinettsmitglieder, Magistrate des Obersten Gerichts und weiteren hohen Staatsfunktionäre
3. Begrenzung der privaten Wahlkampfspenden sowie das Verbot von Spenden von Unternehmen, die Aufträge des Staates erhalten. Der Rechnungshof überwacht Auszahlung und Verwendung der staatlichen Wahlkampffinanzierung
4. Das Personenstandsregister wird zu einer eigenständigen Institution.

Weiterhin sind Umfragen ab 3 Monaten vor den Wahlen verboten. Als möglicher Zweifel an der Institutionalität der Demokratie Honduras kann ein Beschluss zwischen Staatspräsident Maduro und Parlamentspräsident Porfirio Lobo Sosa angesehen werden, nach dem Umfragen, die das Vertrauen in Institutionen zum Inhalt haben, seit dem 27. August 2005 verboten sind.

2. Aktuelle politische Entwicklungen

Die politische Entwicklung Honduras wurde in den letzten hundert Jahren weitgehend von der Nationalen Partei Honduras (PN), der Liberalen Partei Honduras (PL) und ab 1963 von den Militärs in Allianz mit der PN bestimmt.

Die Liberale Partei wurde im Jahre 1891 von Policarpo Bonilla Vazquez als Ergebnis der liberalen Reformen am Ende des 19. Jahrhunderts gegründet. Als Abspaltung entstand unter Manuel Bonilla die Nationale Partei 1902. Beide Parteien waren bis 1948 die einzigen anerkannten Parteien im Lande.

Seit den 50er Jahren spielten die Militärs eine wichtige Rolle in der nationalen Politik und zwischen 1963 und 1982 kontrollierten mit Unterstützung der PN sie fast durchgehend die Regierungen.

Nach der Rückkehr der Zivilregierung blieben sie eine starke politische Kraft, speziell in der Regierung von Präsident Suazo Cordova (1981 – 1985). Allerdings durchbrachen sie nun nicht wie in den Jahren 1956, 1963 und 1972 mit Militärputschen die verfassungsmäßige Ordnung.

Ab Anfang der 90er Jahre vollzog sich dann die parteiinterne Entwicklung der PN und der PL weitgehend frei vom Einfluss der Militärs. Zwischen beiden Parteien gibt es nur wenige ideologische Differenzen. Sie bilden mehr „klientelistische Netze“ zur Konzentration politischer Macht als daß sie den Wählern ein attraktives programmatisches Angebot machen. So werden in den laufenden Wahlauseinandersetzungen zwischen den Alt-Parteien mehr persönliche Angriffe der einzelnen Kandidaten auf allen Ebenen in den Mittelpunkt gestellt, als daß inhaltliche Konzepte zur Lösung der anstehenden Zukunftsfragen, wie Kampf der Kriminalität und Korruption, Freihandelsvertrag mit den USA oder Antworten auf die steigenden Ölpreise diskutiert werden.

Mit der Rückkehr zur demokratischen Ordnung bildeten sich zwei kleinere Parteien der politischen Mitte, die Christlich-demokratische Partei (PDC) und die Partei der nationalen Innovation und sozialdemokratischen Einheit (PINU). Hinzu-kam die Partei der demokratischen Einigung (PUD). Sie nahmen regelmässig an Präsidentschafts- und Parlamentswahlen teil, ohne jedoch die Dominanz der beiden traditionellen Parteien zu gefährden. Allerdings konnten sie bei den letzten drei Parlamentswahlen ihre Abgeordnetensitze von 2 auf 12 steigern (siehe Übersicht 3) und damit die Funktion eines Mehrheitsbeschaffers für die jeweils regierende Alt-Partei übernehmen. Speziell die kleine Christlich-demokratische PDC schloß in der laufenden Legislaturperiode eine Parlamentskoalition mit der regierenden PN, um wichtige politische und wirtschaftliche Reformen zu verabschieden. Ihre 5 Abgeordneten (ein Abgeordneter der PINU schloß sich ihrer Fraktion an) verhelfen der PN zu einer dauerhaften absoluten Mehrheit. Die politische Basis der kleinen Parteien basiert vor allem auf der Unterstützung aus den städtischen Zentren der Hauptstadt Tegucigalpa, dem Industriezentrum San Pedro de Zula, Choluteca und La Ceiba.

Die Politiker Honduras betonen stark den Wettbewerb und die Macht und weniger die Lösung von nationalen Problemen, während die Regierungen des Landes bestimmt werden durch die Autorität und die persönliche Macht statt durch die Institutionen.

Trotz dieser Merkmale verfügen die beiden traditionellen Parteien über eine breite Mehrheit in der Bevölkerung (4 von 5 Honduranern erklären, daß sie eine der politischen Parteien bevorzugen). Die Unterstützung für die traditionellen Parteien stützt sich auf die Identifizierung der Familien, die über Generationen weitergegeben wird. Das erklärt, daß die beiden Alt-Parteien in den letzten drei Wahlgängen jeweils mehr als 95 % der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnten.

3. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Die Wirtschaftspolitik des Landes vollzieht sich innerhalb des mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Februar 2004 vereinbarten Schemas „Wachstum und Kampf gegen die Armut“. Da das Land im abgelaufenen Jahr gute wirtschaftspolitische Erfolge vorzuweisen hatte, entschlossen sich der IWF und die Weltbank im März 2005, Honduras in die HIPC-Initiative auf-zunehmen, was einen Schuldenerlaß in Höhe von rd. 1,2 Mrd. US-Dollar mit den entsprechenden Entlastungen für die öffentlichen Finanzen und ernsthafte Chancen bei der Armutsbekämpfung (Rückgang der extremen Armut um 5 %) bedeutet. Auch das im März 2005 vom Parlament ratifizierte Freihandelsabkommen Zentralamerikas mit den USA bewirkte positive Erwartungen für die Diversifizierung der Exporte und Direktinvestitionen, wenn auch die wachsende Konkurrenz Chinas auf dem Textilsektor große Anstrengungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit erfordert. Vom Ergebnis her wuchs die Wirtschaft des Landes im Jahre 2004 um 5 % und für 2005 wird eine Wachstumsrate in Höhe von 4,3 % erwartet. Für eine nachhaltige Armutsbekämpfung ist eine Wachstumsrate von 5 % erforderlich. Wachstumsmotor war der Außenhandel, der im Falle der Exporte mit einem Rhythmus von 10 % und bei den Importen von 15 % wächst. Es wird erwartet, daß das Zahlungsbilanzdefizit 2005 um 1,7 % abnimmt, nachdem es in 2004 um 1,4 % zugenommen hat. Insgesamt verfügt das Land über rd. 1,7 Mrd. US-Dollar an Devisenreserven.

Auch das Haushaltsdefizit weist weiterhin eine positive Tendenz auf und wird in 2005 auf - 3,2 % geschätzt.

Einen Schatten auf der Wirtschaftsbilanz stellt die Inflationsrate dar, die aufgrund der gestiegenen Preise auf den Erdölmärkten auch 2005 bei rd. 9,2 % liegen wird. Auch die Arbeitslosigkeit stellt weiterhin die Wirtschaftspolitik vor große Herausforderungen: rd. 2 Millionen Hondureños sind ohne Arbeit oder unterbeschäftigt, die Beschäftigtenzahl liegt bei 2,6 Millionen (davon 160.000 im öffentlichen Sektor).

Ebenso ist für den Bereich „Governance und Transparenz“ immer noch ein totaler Widerspruch zwischen Haushalts-Aufstellung und Haushalts-Vollzug festzustellen. Das Steueraufkommen ist insgesamt rückläufig und es gibt eine enorme Steuerflucht, die auch mit der Unterbewertung des BIP um mindestens 20-25 % zusammenhängt. Im Bereich der Geldwäsche kann von Drogengeldern in Höhe von 200 bis 300 Millionen US-Dollar pro Jahr ausgegangen werden, was für viele Beamte und auch Politiker zweifellos eine große Versuchung darstellt.

Bei allen statistischen Erfolgen ist insgesamt auch festzustellen, daß die Ungleichheit im Lande zugenommen hat, und zwar sowohl im Hinblick auf Einkommen und Landbesitz als auch beim Zugang zu sonstigen Ressourcen. Immer noch gehört Honduras mit einem Armutsanteil von rd. 80 % (davon 20 % extreme Armut) zusammen mit Haiti, Bolivien und Nikaragua zu den ärmsten Ländern des Kontinents. Große Teile der Bevölkerung sichern ihren Lebensunterhalt durch Mittelüberweisungen von Familienangehörigen, die in die USA

emigriert sind. Insgesamt fließen jährlich rd. 1,2 Mrd. US-Dollar auf diese Weise in das Land.

**Übersicht 1:
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 2003 – 2005**

Wirtschaftsindikatoren	2003	2004	2005 (Prognose)
Wachstum BIP	3,50%	5,00%	4,30%
Wachstum BIP pro Kopf	0,90%	2,40%	1,70%
Inflation	6,80%	9,20%	9,00%
Exporte (in Mio US-Dollar)	2.741	3.115	3.427
Importe (in Mio US-Dollar)	4.139	4.885	5.618
Handelsbilanzdefizit (in % des BIP)	-20,1	-23,5	-22,5
Zahlungsbilanzdefizit (in % des BIP)	-3,8	-5,2	-3,5
Devisenreserven (in Mio US-Dollar)	1.160	1.657	1.857
öffentliche Auslandsschulden (in Mio US-Dollar)	4.684	5.082	5.282
Haushaltsdefizit (in % des BIP)	-4,4	-3,5	-3,2

Quelle: Banco Centroamericano de Integración Económica (BCIE)

4. Wahlprozess und Wahlkampffinanzierung

Die Wahlen sind direkt und es herrscht Wahlpflicht. Der Präsident wird mit einfacher Mehrheit in einem Wahlgang gewählt.

Mit der Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung im Jahre 1980 wurden zum fünften Mal Urwahlen durchgeführt. Sie sind gesetzlich für solche Parteien vorgeschrieben, die über interne Bewegungen verfügen. Von den fünf eingeschriebenen Parteien sind davon nur die PN und die PL betroffen. Die Urwahlen fanden im Februar 2005 statt, bei denen sich 34.000 Politiker als Kandidaten für 2.500 Wahlämter der beiden Alt-Parteien bewarben. Bei diesen Urwahlen gab es eine Wahlenthaltung von 40 % und gewählt wurden der gegenwärtige Parlamentspräsident Porfirio Lobo Sosa für die PN und Manuel Zelaya Rosales für die PL. Rd. 80 Wahlbeobachter der OEA und 17.000 Militärs sorgten für die ordnungsmäßige Abwicklung dieser Urwahlen.

Gemäß der gesetzlichen Bestimmungen erhält jede Partei vom Staat zur Finanzierung der allgemeinen Wahlen einen Betrag von 0,95 Euro pro erhaltener gültigen Stimme bei den vergangenen Wahlen. Jede Partei erhält mindestens 15 % der Summe, die die im letzten Wahlgang erfolgreiche Partei bekam.

Das bedeutet, daß die PN rd. 642.000 Euro, die PL rd. 542.700 Euro und die PUD, PINU und PDC jeweils 94.400 Euro bekommen. Davon wurden 60 %

nach der offi-ziellen Verkündung des Wahltages am 27. Mai ausgezahlt. Die restlichen 40 % können drei Tage nach der Wahl beantragt werden. Private Wahlkampfspenden sind bis zu einem Höchstbetrag von rd. 15.300 Euro (Gegenwert von 120 ge-setzlichen Mindestlöhnen) pro Person erlaubt.

Die Wahlergebnisse der drei letzten Wahlen:

Übersicht 2: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen Honduras 1993 - 2001

Parteien / Wahlen	Wahlen 1993		Wahlen 1997		Wahlen 2001	
	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil
Partido Liberal	906.793	52,3	1.040.343	52,6	964.590	44,3
Partido Nacional	735.123	42,4	846.220	42,8	1.137.734	52,2
Partido de Innovación y Unidad - Democracia Social (PINU)	48.471	0,0	41.409	2,1	31.666	1,5
Partido Demócrata Cristiano (PDC)	20.350	1,2	24.909	1,3	21.089	1,0
Partido Unificación Democrática (PUD)	24.288	1,4	24.288	1,2	24.102	1,1
	1.735.025		1.977.169		2.179.181	

Quelle: Angaben des Obersten Wahlgerichts (TSE) und eigene Berechnungen

Übersicht 3: Ergebnisse Parlamentswahlen Honduras 1993 – 2001

Parteien / Wahlen	Wahlen 1993			Wahlen 1997			Wahlen 2001		
	Stimmen	Anteil	Sitze	Stimmen	Anteil	Sitze	Stimmen	Anteil	Sitze
Partido Liberal	906.793	53,0	71	941.264	49,4	67	850.263	40,7	55
Partido Nacional	735.123	43,0	55	790.808	41,5	55	967.733	46,4	61
Partido de Innovación y Unidad - Democracia Social (PINU)	48.471	2,8	2	78.192	4,1	3	99.659	4,8	3
Partido Demócrata Cristiano (PDC)	20.350	1,2	./.	49.494	2,6	2	76.886	3,7	4
Partido Unificación Democrática (PUD)	./.	./.	./.	44.111	2,3	1	92.818	4,4	5
	1.710.737		128	1.903.869		128	2.087.359		128

Quelle: Angaben des Obersten Wahlgerichts (TSE) und eigene Berechnungen

5. Perspektiven: die Parteien auf dem Weg zu einem „Bündnis für Honduras“

Die fünf offiziell anerkannten Parteien sind sich auf dem Weg zu einer gemeinsamen Agenda für Honduras sehr nahe gekommen. Trotz politischer und ideologischer Unterschiede sind sie sich einig, daß die schwierige Situation des Landes gemeinsame Anstrengungen zur Lösung der entwicklungspolitischen Herausforderungen erfordert. Im Mittelpunkt steht die wirtschaftliche Problematik, nachdem ähnliche Anstrengungen vor den letzten Wahlen zu bemerkenswerten Reformen zur politischen Beteiligung der Bürger geführt hatten.

Es besteht Einigung, daß der vermeintliche Widerspruch „Staat gegen Markt“ aufzulösen ist durch eine neues Paradigma „Besserer Staat und mehr Markt“. Steigerung der Produktivität, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie Abbau von Armut und sozialer Ungleichheit und die Millenniums-Ziele sollen die Basis für die nationale Entwicklung bilden. Daneben bleibt die Unterstützung der regionalen Integration ein weiteres Anliegen für die Parteien-Vereinbarung.

Die durch den Schuldenerlaß freiwerdenden Finanzmittel sollen primär in die Armutsbekämpfung investiert und gleichzeitig die damit befaßten staatlichen Institutionen effizienter gestaltet werden. Ein Anti-Korruptionsgesetz zur Verbesserung der Transparenz der öffentlichen Verwaltung steht ebenso auf der gemeinsamen Tagesordnung wie die Förderung der Chancen der Klein- und Mittelunternehmen im Rahmen des Freihandelsvertrages. Kürzlich sprachen sich die Präsidentschaftskandidaten der fünf Parteien im Rahmen eines „Nationalen Paktes für die Dezentralisierung und die lokale Entwicklung“ für die Verabschiedung eines Gesetzes aus, das den Zugang zu öffentlichen Informationen und Datenschutz regelt. Im Bildungsbereich sind die gemeinsamen Anstrengungen darauf gerichtet, moderne Technologien, demokratiepolitische Aspekte wie den Zusammenhang zur Wirtschaft durch entsprechende Reformen einzubeziehen.

San José, November 2005

Reinhard Willig